



Sri Lanka:
Tsunami + Kapitalismus
= Katastrophe

Für Selbstbestimmung und Sozialismus!

Eine Broschüre des Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale
herausgegeben von der Sozialistischen LinksPartei (SLP)



Inhalt

Einleitung	3
Die Kameras sind weg, das Elend bleibt: Die Situation nach dem Tsunami	5
Was unterscheidet eine Spende an die CWI-Kampagne von einer an z.B. „Nachbar in Not“ oder ähnliche:	5
Solidarität von unten	6
Schuldenstreichung ist nötig	6
Lichtblicke gegen die Barbarei	7
Indien und USA bringen keine Hilfe	8
Blutige Geschichte trotz starker ArbeiterInnenbewegung	10
Ceylons Erbe	10
Schwach entwickeltes Bürgertum	11
Die Nationale Frage	11
Ein Test für alle Parteien	12
„Freier Markt“ bringt Krieg	13
Die JVP als verkomplizierender Faktor	14
Die Linke und der Indo-Lanka-Pakt	14
USP aktiv in Nord und Ost	15
Kampf gegen Neoliberalismus	16
Der Waffenstillstand 2002	16
Neuwahlen 2004	17
Eine Zukunft jenseits des Kapitalismus	17
Zeittafel	19

Wir empfehlen die Zeittafel vor „*Blutige Geschichte trotz starker ArbeiterInnenbewegung*“ zur allgemeinen Orientierung durchzugehen. Aus Gründen der besseren Auffindbarkeit haben wir sie dennoch ans Ende der Broschüre gestellt.

Ein Abkürzungsverzeichnis, in dem die wichtigsten politischen Organisationen kurz präsentiert werden, findet sich am vorderen Einschlag innen, damit dies ausgeklappt, während des Lesen stets zur Verfügung steht. Eine Landkarte Sri Lankas findet sich am hinteren Einschlag, ebenfalls innen.

Layout, Satz & Umschlaggestaltung: Harald Mahrer, Wien

Impressum:

Medieninhaberin, Eigentümerin und Herausgeberin:
Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien, Österreich
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Einleitung

Sie halten eine Broschüre der Sozialistischen LinksPartei (SLP) über die Folgen des Tsunami und im Speziellen über Sri Lanka in Händen. Die Katastrophe traf viele Regionen der sogenannten „3. Welt“. Es sind jene Neo-Kolonien, denen der Kapitalismus nicht ermöglicht, sich zu entwickeln und aus der Armut auszubrechen. Die Tsunami-Katastrophe führte unmittelbar zum Tod von ca. 300.000 Menschen. Auf Sri Lanka starben über 30.000. Etwa eine Million sind obdachlos geworden, hunderttausende Arbeitsplätze wurden vernichtet. Die Lebensgrundlage vieler FischerInnen und KleinhändlerInnen ist zerstört.

Das Naturereignis Seebeben ist jedoch nicht für diese hohe Zahl an Opfern und Zerstörungen verantwortlich. Hätte es vor dem Dezember 2004 im Indischen Ozean ein Frühwarnsystem ähnlich jenem im Pazifik gegeben und hätten die jeweiligen Regierungen eine Priorität auf den Schutz der Bevölkerung nahe der Strände gelegt, wären nach ExpertInnenmeinung die Opfer fast vollständig zu vermeiden gewesen. Einmal aufgebaut würde ein solches System jährlich ca. 2 Mio. Dollar kosten. Zum Vergleich: Die Party von George Bush anlässlich seiner Wiederwahl kostete 40 bis 50 Mio. Dollar. Doch die Herrschenden der Region und die angebliche „Weltorganisation“ UNO haben wieder bewiesen, dass sie nicht im Interesse der Massen handeln. Wir verfügen mit der modernen Technik über Möglichkeiten, uns auf Naturereignisse dementsprechend vorzubereiten. Besser gesagt: wir würden über diese Technik verfügen. Doch mit Ausnahme der „Zentren“ der kapitalistischen Wirtschaft wird diese Technik nicht oder nur mäßig eingesetzt, da sie den Profitinteressen und nicht dem Allgemeinwohl unterworfen ist.

Überdies sind mit den Regionen Aceh (offiziell ein Teil Indonesiens) und Sri Lanka Brennpunkte nationaler und ethnischer Konflikte ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. In Sri Lanka ist gerade der BürgerInnenkrieg zwischen der Armee und der tamilisch-sprachigen Bevölkerung im Nord-Osten mit ein Grund für die Krise, in der sich die Insel seit den 1980er Jahren befindet.

Mit dieser Broschüre wollen wir einen tieferen Einblick in die Folgen des Tsunami sowie die Geschichte Sri Lankas bieten. Trotz seines potentiellen Reichtums stellt sich die Frage, ob es auf Grundlage der bestehenden Herrschaftsverhältnisse eine Chance gibt, die Zerstörungen sowie die Spaltung der Insel zu überwinden. Mit der USP (United Socialist Party), Schwesterorganisation der SLP, existiert eine Kraft, die in den besten Traditionen der sri lankesischen sozialistischen Bewegung steht, deren Wurzeln bis in die Zeit vor dem 2. Weltkrieg reichen. Die USP spielt, obwohl sie nicht über große Geldmittel verfügt, eine wichtige Rolle in der unmittelbaren Hilfe nach der Katastrophe. Darüber hinaus tritt die USP dafür ein, dass die Bevölkerung selbst die Organisation des Wiederaufbaus in die

Hand nehmen kann und soll und so den Grundstein zu einer Gesellschaft legt, die frei von kapitalistischer Ausbeutung, Großgrundbesitz und der Unterdrückung sprachlicher und religiöser Minderheiten ist.

Natürlich ist die Summe, die wir sammeln konnten und die vielleicht auch Sie dazu beigetragen haben, im Vergleich zu den offiziellen und halbstaatlichen Kampagnen klein. Doch die politische Bedeutung dieser Solidarität ist nicht zu unterschätzen. Angesichts der Verbreitung rassistischer und ethnischer Vorurteile ist die weltumspannende Zusammenarbeit eine entscheidende Voraussetzung für Erfolge im Kampf um soziale und politische Rechte. Ausgehend von der Tragödie des 26. Dezembers 2004 müssen jene Kräfte in der Region gestärkt werden, die den Wiederaufbau mit dem Kampf für eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung verbinden, in der nicht Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen. Das ist das wesentliche Ziel, dem sich die Sektionen des „Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale“ (CWI/KAI) verschrieben haben. Wir danken allen SpenderInnen, freuen uns über weitere Unterstützung und bieten überdies an, die Entwicklung in Sri Lanka sowie der gesamten Region gemeinsam zu verfolgen. Die besten Möglichkeiten im Internet sind die Homepage des CWI www.socialistworld.net sowie der SLP www.slp.at. Spenden sind weiterhin notwendig und herzlich willkommen.

Weitere Spenden bitte an

In Österreich:
SLP, PSK 88.12.733, BLZ 60.000, Kennwort „Sri Lanka“

In Deutschland
Holger Dröge, Konto 2804751093
Berliner Sparkasse, BLZ 10050000
Stichwort: Sri Lanka

International:
Spendenmöglichkeit auf www.socialistworld.net

Die Kameras sind weg, das Elend bleibt: Die Situation nach dem Tsunami

Noch während der Weihnachtsferien beteiligte sich die SLP aktiv am Spendenaufruf, der uns aus Sri Lanka sowie der Londoner Zentrale des „Komitee für eine ArbeiterInnen-internationale“ erreichte. Durch den Tsunami wurden unmittelbar 86 UnterstützerInnen der USP getötet. Viele AktivistInnen und ihre Familien wurden obdachlos oder verletzt. In Flugblättern und Aussendungen fassten wir zusammen:

Sri Lanka wurde seit 1983 von einem BürgerInnenkrieg erschüttert, bis 2002 ein Waffenstillstand vereinbart wurde. Die Herrschenden gestehen der tamilisch-sprachigen Bevölkerung elementare Rechte nicht zu. Ebenso hat die kapitalistische Regierung für die Mehrheit der singhalesischen Bevölkerung keine Lösung der sozialen Krise anzubieten. Die Flut hat diese Krise zu einer akuten Katastrophe gemacht.

Was unterscheidet eine Spende an die CWI-Kampagne von einer an z.B. „Nachbar in Not“ oder ähnliche:

- ▷ Die USP versucht in den Lagern mit allen Betroffenen (ungeachtet Geschlecht, ethnischer Herkunft oder religiösen Hintergrunds), demokratische Komitees aufzubauen, die die Verteilung der Hilfsgüter regeln sollen. Sie ist die einzige politische Kraft der Insel, die sich für einen gemeinsamen Kampf der singhalesischen, tamilischen und moslemischen ArbeiterInnen und armen Massen einsetzt. Es werden Flugblätter und Zeitungen in beiden Sprachen veröffentlicht.
- ▷ Diese Hilfe kommt direkt zu den Betroffenen durch, während viele andere Lieferungen durch Korruption oder von der Regierung zurückgehalten werden. Außerdem gehen die Spenden an die Betroffenen zur Selbstverwaltung, und damit werden diese nicht wie Bittsteller behandelt.
- ▷ Die großen offiziellen Organisationen arbeiten mit der Regierung zusammen, die die Katastrophe ausnützt, um das Militär wieder in die nördlichen und nordöstlichen Provinzen (TamilInnen) zu schicken und Hilfslieferungen dorthin blockiert.
- ▷ Es gibt keinen Aufwand für einen bürokratischen Apparat und es stellt keine Werbeaktion eines Unternehmens dar.
- ▷ Weil die USP gemeinsam mit anderen linken GewerkschafterInnen für eine soziale und politische Alternative kämpfen, um künftige Katastrophen zu verhindern. Unserer Meinung nach kann das nur eine sozialistische Alternative sein; bestehend aus wirtschaftlicher Planung und voller Demokratie der ArbeiterInnen, Fischer- und BäuerInnen. Dazu ist nötig, die Menschen zu organisieren - gerade in Zeiten der Krise!

Die USP hat Mitglieder und AktivistInnen in allen Landesteilen und unter den verschiedenen Ethnien: In der Hauptstadt Colombo genauso wie in den extrem stark betroffenen Gebieten um Galle im Süden, Pottuvil im östlichen Landesteil und Jaffna im Norden. Von Pottuvil gibt es Berichte über die Rettung von über 100 Familien durch eine umgehend organisierte Rettungsaktion von USP-AktivistInnen. Mit selbstgebauten Katamaranen konnte eine durch den Tsunami entstandene Insel erreicht werden. Die Rolle der USP in dieser Region zwang sogar die offizielle Verwaltung, Hilfe in diese Gebiete zu schicken. Die Süd- und Südwest-Küste war ebenfalls vom Tsunami betroffen. Vom Süden der Hauptstadt Colombo bis Hambantota ist die Verwüstung unvorstellbar. Mit einem Team anderer GewerkschafterInnen und der Presse brachen USP-AktivistInnen Anfang Jänner nach Mullathivu im Norden auf. Die USP-Sonderzeitung „Tsunami Janahanda“ (Stimme der Tsunami-Menschen) erscheint in beiden Sprachen.

Die SLP konnte ein Wasseraufbereitungsgerät samt Zubehör, Kleidung, Medikamente, Papier, Schreibwaren und Geld erfolgreich übermitteln. Durch aktive Solidarität österreichischer ArbeitnehmerInnen konnten wir sicherstellen, dies ohne Bankspesen und bürokratischen Aufwand zu bewerkstelligen.

Solidarität von unten

Dem Tsunami folgte weltweite Solidarität. Diese Solidarität ist ein Beweis dafür, dass ArbeiterInnen, Jugendliche und Arbeitslose dazu fähig sind, einander beizustehen, auch wenn man verschiedener Herkunft ist. Und das selbst unter den Bedingungen des Kapitalismus, der allgemein zu Verrohung und brutalem Konkurrenzdenken führt. US-Präsident Bush hingegen, eine Symbolfigur für die Superreichen und Herrschenden dieser Welt, sagte persönlich lächerliche 10.000 US-\$ zu. Durch den Druck aus weiten Teilen der Bevölkerung war die US-Regierung gezwungen, die ursprüngliche 20 Mio. \$-Zusage auf immerhin 350 Mio. \$ zu erhöhen. Doch auch diese Summe ist mickrig angesichts der wirklichen Prioritäten des Imperialismus: 350 Mio. \$ werden alle eineinhalb Tage im Irak für die Besatzung verschleudert.

Aufgrund von Erfahrungen mit vorangegangenen Katastrophen müssen wir skeptisch sein, ob die offiziellen Spendenzusagen überhaupt in den Gebieten ankommen werden. Die iranische Erdbeben-Region Bam (2003) hat bis heute erst 15 % der internationalen Zusagen erhalten. Und selbst dann ist keineswegs sichergestellt, dass die Hilfe gerecht verteilt wird, ohne in dunklen Kanälen zu verschwinden. Überdies betreiben die Regierungen der Region mit diesen Hilfgeldern ihre eigene Politik, die meist den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung oder wie im Fall von Sri Lanka und Aceh/Indonesien einer Befreiungsbewegung entgegengesetzt ist.

Schuldenstreichung ist nötig

Seit den 1960er Jahren werden die ehemaligen Kolonien durch die Politik des Imperialismus in eine immer tiefere Schuldenfalle getrieben. Diese Schulden sind u.a. die Grundlage für die enorme Armut in diesen eigentlich reichen Ländern. Daher ist die vollständige Streichung aller Schulden der Neo-Kolonien („3. Welt“-Länder) notwendig.

Selbstverständlich werden die reichen kapitalistischen Regierungen dem nicht einfach zustimmen, da mittels der Schulden-Politik Abhängigkeiten aufrechterhalten werden, die wirtschaftlich und strategisch von großer Bedeutung für die diversen imperialistischen Staaten sind. Die Frage der Schuldenstreichung angesichts der Tsunami-Katastrophe zeigt deutlich auf, wie wenig der Kapitalismus der Menschheit dient. Jede Woche sterben etwa 150.000 Menschen in Afrika aufgrund eigentlich heilbarer Krankheiten, Mangel an Lebensmitteln und schmutzigem Wasser. Das relativiert nicht im geringsten die Tragik der Tsunami-Katastrophe. Es zeigt vielmehr, dass die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Welt weiterzuentwickeln, nicht nur anhand großer Naturereignisse offenkundig werden kann, sondern tagtäglich stattfindet.

Lichtblicke gegen die Barbarei

Neben all dieser Barbarei gibt es selbst im Angesicht der Katastrophe den Lichtblick für die Überwindung der Probleme: Es gibt Berichte über gemeinsame Hilfsaktionen von einfachen singhalesischen und tamilischen ArbeiterInnen, BäuerInnen und FischerInnen. Wenn aber eine sozialistische Kraft fehlt, die diese Solidarität aufgreift und im Kampf für soziale Verbesserung weiterführt, dann kann das Pendel in die andere Richtung ausschlagen. Die verschärfte Armut kann zu mehr ethnischen und religiösen Spannungen führen. So versuchten buddhistische Mönche in Sri Lanka bereits, die Katastrophe als Strafe für alle Andersgläubigen darzustellen, weil weniger religiöse Einrichtungen des Buddhismus zerstört worden sein sollen. Die politisch Herrschenden benützen heute schon Chauvinismus¹ zum Machterhalt. Sri Lankas Präsidentin Chandrika hielt im Jänner UN-Generalsekretär Kofi Annan davon ab, den tamilischen Norden zu besuchen. Die Armee wurde eingesetzt und zur Einschüchterung in die mehrheitlich tamilischsprachigen Flüchtlingscamps geschickt.

Die USP schlägt unter anderem die Einberufung einer echten Nationalversammlung vor, organisiert von den gewerkschaftlichen Kräften des ganzen Landes. Die Aufgabe ist, die demokratische Verteilung und den Wiederaufbau zu planen. Besprochen werden muss auch die gefährliche Entwicklung der stärkeren Einflussnahme imperialistischer Kräfte, die die Lage in der Region missbrauchen. Denn nicht nur der US-Imperialismus, auch Indien versucht, seine –auch militärischen - Stellung in der Region auszubauen. Die „humanitäre Hilfe“ ist dafür ein Vorwand. Gegen den wachsenden chinesischen Riesen und die traditionelle imperialistische Macht Japan will Indien Stärke und Einsatzfähigkeit demonstrieren, noch dazu unmittelbar vor der eigenen Küste. Sri Lankas strategische Position erklärt sich aus seiner Lage südlich des indischen Subkontinents und westlich von Indonesien und damit einer der am stärksten befahrenen Wasserstrassen der Welt. Überdies ist Indonesien das Land mit der größten moslemischen Bevölkerung. Das ist wichtig für die USA in ihrem sogenannten „Krieg gegen den Terror“. US-Kriegsschiffe tauchten vor allem rund um die Hafenstadt Trincomalee im Nordosten Sri Lankas auf.

¹ Chauvinismus ist hier nicht im umgangssprachlichen Sinn (Männer gegen Frauen) verwendet. Es handelt sich um eine extreme Form des Nationalismus, die auf die offene, direkte und brutale Unterjochung anderer Völker, auf die Entfaltung ethnischer Feindschaften und den Glauben in die Überlegenheit einer Volksgruppe über eine andere basiert.

Indien und USA bringen keine Hilfe

Die USP wirkte in ihren Aufrufen den vorhandenen Illusionen entgegen, der Imperialismus brächte eine Verbesserung der Lage: „Die kapitalistische Regierung ist unfähig, die fundamentalen Probleme zu lösen. Um zu überleben, verstärkt sie die Zusammenarbeit mit den großen imperialistischen Kräften. Nein zu den Armeen der USA, Britanniens und Indiens, die im Namen der ‚Tsunami-Hilfe‘ auf der Insel stationiert wurden. Die Tsunami-Hilfe ist ein Ergebnis der finanziellen Opfer von arbeitenden Menschen rund um den Globus! Alle Wiederaufbau-Maßnahmen müssen durch demokratisch gewählte Komitees der betroffenen Menschen und der gewerkschaftlichen Organisationen kontrolliert und entschieden werden. Schande über die kriegshungrigen Herrschenden und ihre Parteien. Wir fordern die Auflösung des Verteidigungsbudgets und stattdessen den Einsatz dieser Mittel für Hilfe und Wiederaufbau.“

Folgende Auszüge aus einem Bericht von Siritunga Jayasuriya, Generalsekretär der USP vom Februar 2005 rechtfertigen und bestätigen diese klare Haltung gegenüber der Regierung: *„Die sogenannte Unterstützung ist selbst für sri lankesische Verhältnisse eine Übertreibung.“ ... „Kaum sichtbar ist Unterstützung für die TamilInnen und Moslems im Norden und im Osten, welche zusammen 60 % der Zerstörungen erlitten haben. ... Nur die USP kämpft entschieden gegen diese politische Korruption.“ ... „Wenn es um das Diktat von Währungsfonds und Welthandelsorganisation geht, arbeiten beide bürgerlichen Parteien - die UNP und die SLFP - dafür zusammen.“*

Vom Tsunami sind in Sri Lanka rund eine Million Menschen schwer betroffen. Die Erwartungen in die UPFA-Regierung (Koalition der Partei der Präsidentin sowie der singhalesisch-chauvinistischen JVP) waren sehr groß. Über zwei Monate nach dem Tsunami haben die meisten Menschen noch gar nichts bekommen. Selbst der zuständige Kommissar, Tilak Ranaviraja, sagt offiziell, dass nur 30 % der Betroffenen bisher überhaupt etwas erhalten haben. Das Regierungsprogramm „Wiederaufbau der Nation“ wird von vielen Menschen als bunte Werbekampagne gesehen, um den internationalen Spendern etwas zu präsentieren. Die Regierung scheint auch das Ausmaß der Probleme herunterzuspielen. Sie spricht von 548.931 Obdachlosen, während unabhängige Quellen von 896.000 ausgehen. Die Inflation ist seit dem Tsunami enorm. Ein Ei kostete im Dezember Rs. 4, jetzt Rs. 8,50. In einigen Flüchtlingscamps, z.B. in Galle und Matara, gibt es Ausschreitungen. Auf einer spontanen Demonstration gegen die unmöglichen Bedingungen in den Lagern riefen 4.000 bis 5.000 Menschen Slogans gegen die Regierung. Ein wichtiger Punkt ist, dass sie sich von der Regierung wie Bettler behandelt fühlen.

Wie in anderen Ländern gibt es in Sri Lanka viel Korruption, im Wesentlichen rund um die herrschenden Parteien wie die SLFP (führende Regierungspartei). So wurde die größte Wiederaufbauaktion in Hambantota durchgeführt, woher Premier Rajapakshe stammt.

Die Regierung unter Präsidentin Chandrika wird als einzige gesehen, die grundlegend durch den Tsunami profitiert hat. Kurz vor dem Tsunami zeichnete sich der Staatsbankrott

ab. Die nun folgenden Hilfgelder sowie die Neuvereinbarung der Zinszahlungen an IWF, Weltbank und die Asiatische Bank für Entwicklung haben der Regierung eine Atempause verschafft. Auf dieser Grundlage fährt Chandrika eine gefährliche autoritäre Politik mit Notstandsverordnungen. Sie plant die vollständige Privatisierung bei Wasser, Elektrizität, Öl und im Phosphatbergbau. Die Eisenbahnen sollen teilprivatisiert werden. Das umweltgefährdende Kotmale Damm-Projekt wurde wieder gestartet.

Nach Jahren des Kommunalismus² und des Krieges sind für die ArbeiterInnenschaft Sri Lankas wieder soziale Fragen in den Mittelpunkt gerückt, die teilweise durch den Krieg überdeckt wurden. Schon haben TransportarbeiterInnen einen Streik für eine bereits versprochene Lohnerhöhung begonnen. Auch ArbeiterInnen in den Spitälern haben diese zugesagten Erhöhungen noch nicht erhalten; 93.000 überlegen einen Streik für die nahe Zukunft. Hinzu kommt der „schlafende Riese“, wie die Tee-Plantagen-ArbeiterInnen genannt werden. Sie können durch entschlossene und erfolgreiche Aktionen anderer ArbeiterInnen mitgerissen werden.

Neben der Unterversorgung mit Hilfsgütern für die TamilInnen führt die Armee nun einen heimlichen Krieg gegen die LTTE („Liberation Tigers of Tamil Eelam“, die wichtigste tamilische Organisation). Und das trotz des Waffenstillstandes von 2002. Die Gefahr eines völligen Wiederaufbrechens des BürgerInnenkrieges ist vorhanden. Siritunga Jayasuriya schließt seinen Bericht von Ende Februar 2005: „Nur eine Massen-Kampagne gegen dieses Profitsystem, das durch SLFP und UNP, unterstützt von JVP und LSSP, repräsentiert wird, kann SinghalesInnen, TamilInnen und tamil-sprachige Moslems auf einer Klassengrundlage organisieren. Diese erschreckend schwere aber schaffbare Aufgabe ist das wesentliche Ziel der USP (CWI-Sri Lanka) seit und vor der Tsunami-Katastrophe.“

² Kommunalismus bedeutet die Politik der ethnischen und religiösen Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die auch zu Übergriffen und Pogromen führt.

Blutige Geschichte trotz starker ArbeiterInnenbewegung

Sri Lanka ist im Westen vor allem wegen seines langen BürgerInnen-Krieges bekannt. Der Kapitalismus und alle ihm vorrangegangenen Gesellschaftsordnungen erzeug(t)en nicht nur Konflikte zwischen den sozialen Schichten und Klassen, sondern auch zwischen Menschen verschiedener Herkunft bzw. kultureller Prägung. Zwar hat der Kapitalismus in einigen Ländern im Zuge seiner Umwälzung der mittelalterlichen Ordnung viele zersplitterte Regionen und Bevölkerungsteile in großen staatlichen Gebilden zusammengefasst und ihnen eine gemeinsame Sprache gegeben (in Ausnahmefällen mehr). Doch diese Entstehung von Nationen ist erstens auf eine Minderheit von Ländern beschränkt geblieben, und bringt zweitens selbst dort unter der kapitalistischen Krise kein Ende von Chauvinismus und Rassismus. Aus der Sicht der Herrschenden sind Gefühle wie Rassismus zweifelsohne ausgezeichnete Mittel, von den wirklichen Problemen abzulenken und die Unterdrückten gegeneinander auszuspielen.

Ceylons Erbe

Die größten Teile der Bevölkerung konnten die Vorteile des Kapitalismus in seiner fortschrittlichen und dynamischen Phase (im 18. und teilweise 19. Jahrhundert) nicht genießen, sondern lediglich seine Nachteile. Das gilt auch für Sri Lanka. Es musste seine Unabhängigkeit mühsam erringen, wurde in die Schuldenfalle getrieben und sein natürlicher Reichtum wurde und wird von ausländischen Konzernen ausgebeutet. Sri Lanka wurde 1948 vom britischen Kolonialismus unabhängig. Eine wichtige Kraft in der Unabhängigkeitsbewegung war die LSSP, eine sozialistische Partei („Lanka Sama Samaja Party“). Die Wörter Sama Samaja - etwa: „gleiche Gesellschaft“ - sind gleichbedeutend mit „Sozialismus“. Die LSSP war die erste Massenpartei mit einem klarem Programm in Sri Lanka, die sich in der sogenannten trotzkistischen Tradition, auch während des 2. Weltkrieges für die Unabhängigkeit eingesetzt hatte. Im Gegensatz dazu stellten die „Kommunistischen Parteien“ in den verschiedenen Kolonien unter dem stalinistischen Einfluss die jeweilige nationale Unabhängigkeit unter dem Motto „den eigenen Kolonialherren im Kampf gegen den Faschismus beistehen“ hinten an. Das führte, im Gegensatz zu Sri Lanka, in vielen Fällen zu langen und blutigen Unabhängigkeitskriegen und Bewegungen, z.B. in Vietnam, Indien etc.. Aufgrund einer starken Gewerkschaftsbewegung, die von linken Ideen dominiert wurde und starker Parteien der ArbeiterInnenklasse waren in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg alle kapitalistischen Regierungen gezwungen, soziale Zugeständnisse zu machen und einen Wohlfahrtsstaat aufrechtzuerhalten.

Schwach entwickeltes Bürgertum

Ein bestimmendes Merkmal der sri lankesischen Gesellschaft war und ist die nur schwach entwickelte Klasse von nationalen KapitalistInnen. Leo Trotzki beschreibt das in seinem Buch „Die permanente Revolution“ als typisch für Staaten mit einer späten kapitalistischen Entwicklung (was für die Kolonien zutraf). Die kapitalistische Klasse entwickelt sich nicht unabhängig, sondern in enger Abhängigkeit vom ausländischen Kapital. Sie ist daher schwach und nicht in der Lage, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution – Landreform, nationale Unabhängigkeit, bürgerliche Demokratie – zu erfüllen. Diese Aufgaben müssen von der ArbeiterInnenbewegung und ihren Organisationen erfüllt werden. Oder sie werden nicht vollständig erfüllt.

Während der britischen Kolonialherrschaft im 19. Jahrhundert wurden aus dem Süden Indiens PlantagenarbeiterInnen nach Ceylon geholt, wie Sri Lanka damals genannt wurde - das waren TamilInnen. Andere TamilInnen waren schon seit vielen Jahrhunderten auf der Insel. (Die Meerenge, die Sri Lanka vom Süden Indiens trennt, ist nicht besonders breit.) Heute besteht Sri Lanka aus neun Provinzen und 24 Distrikten. Die Bevölkerung aus knapp 20 Millionen setzt sich aus 74 % SinghalesInnen, 18 % TamilInnen, 7 % Muslime/a sowie einer Minderheit von MalaiInnen zusammen. Die Bevölkerungsaufteilung im mehrheitlich tamilischen Norden und Osten reicht von einem extremen Übergewicht der TamilInnen (Distrikt Jaffna mit 98 % tamilisch, 1,1 % moslemisch und nur ca. 0,5 % singhalesisch) bis zu durchmischten Regionen wie Amapara (18,8 %; 41,7 %; 39,3 % bei rund 590.000 EinwohnerInnen). Die Religionszugehörigkeit gliedert sich offiziell in 70 % BuddhistInnen, 15 % Hindi, 8 % ChristInnen, 7 % Muslime/a. Singhala und Tamil sind zwei Sprachen, die sich deutlich voneinander unterscheiden. Das ist natürlich nicht der entscheidende Grund, warum es Feindschaft unter den Volksgruppen gibt. Die Unterschiede wurden und werden von den Kolonial- und kapitalistischen Herrschern genutzt, um Machtpositionen zu sichern. Das Prinzip „Teile und Herrsche!“ hat rund um den Globus eine lange und blutige Tradition.

Die Schwäche der kapitalistischen Klasse auf Sri Lanka ist wesentlich für die Unfähigkeit, zumindest im Rahmen des Kapitalismus einen dauerhafte und lebensfähige Übereinkunft zu erwirken. Denn jede kapitalistische Partei steht (mal mehr, mal etwas weniger) unter dem Druck chauvinistischer Kräfte bzw. bedarf ihrer Stimmen bei Wahlen. Deshalb wurde der Krieg von der schwachen kapitalistischen Regierung in den 1990er als „patriotischer Krieg“ benutzt, um unter dem Druck des Chauvinismus Mehrheiten unter singhalesischen WählerInnen zu sichern. Das ermöglichte Anfang des 21. Jahrhunderts paradoxerweise genau jener UNP, die in den 1970er und 80er Jahren den BürgerInnenkrieg durch ihre Politik vorbereitete, sich als Motor für eine Friedenslösung darzustellen.

Die Nationale Frage

Die „Nationale Frage“, das heißt der Umgang und die Lösung des Konfliktes zwischen der singhalesischen und der tamilischen aber auch der tamilischen und der moslemisch-tamilischen Bevölkerung ist von zentraler Bedeutung in Sri Lanka. Die

ArbeiterInnenbewegung ist reich an Auseinandersetzungen um die „Nationale Frage“. 1916 schrieb der Revolutionär Lenin in „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“: *„Das Proletariat (= ArbeiterInnenklasse) muss die Freiheit der politischen Abtrennung der von „seiner“ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; ... Andererseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie (= Kapitalisten) zu bestehen.“*

Die sozialistische ArbeiterInnenbewegung braucht die klare Haltung zur Nationalen Frage ebenso wie den Mut, auszusprechen, dass nur die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse und die Errichtung einer sozialistischen ArbeiterInnendemokratie eine wirkliche Lösung ermöglichen können. Die Mehrheit der unterdrückten Völker und Ethnien müssen davon überzeugt werden. Viele TamilInnen meinen, dass die sri lankesische Linke Bankrott gemacht hat. Und in Bezug auf die ehemaligen linken Massenparteien und ihre Führungen haben sie damit Recht.

Ein Test für alle Parteien

Die „Nationale Frage“ ist ein Test für alle Parteien. Die etablierten „linken“ Parteien Sri Lankas sind daran gescheitert. Ursprünglich bestanden gleiche Rechte für beide Sprachgruppen. Aber 1949 kam es zum Entzug der Grundrechte für TamilInnen (z.B. bei Wahlen). Der Druck religiöser FundamentalistInnen (v.a. des Buddhismus) wirkte sich stark auf die Politik der beiden wichtigsten bürgerlichen Parteien des Landes aus, deren Entstehung in diese Phase fällt; zuerst der der UNP (1946) und später nach einer Distanzierung vom singhalesischen Chauvinismus auch der SLFP. Rund um die buddhistischen 2500-Jahr-Feiern führt der Druck buddhistisch-singhalesischer Gruppen dazu, dass eine „linke“ Volksfrontregierung 1956 Singhala zur einzigen Staatssprache erklärt. Dieser Kurs wird ab 1960, trotz der Ermordung des SLFP-Gründers S.W.R.D Bandaranika durch einen buddhistischen Mönch, von einer weiteren „linken“ Volksfrontregierung fortgesetzt.

1964 gingen die stalinistische „Kommunistische Partei“ (CCP) und die LSSP (damals eine Massenpartei) in eine Koalitionsregierung mit der SLFP. Der Kurs dieser Regierung wirkt verwirrend. Einerseits singhalesischer Chauvinismus, andererseits ein Verstaatlichungsprogramm. Die Verstaatlichungen wurden jedoch auch als Mittel des singhalesischen Chauvinismus eingesetzt, in dem z.B. die katholischen Privatschulen verstaatlicht wurden. (Darüberhinaus spiegelten sie die internationale Entwicklung in den 60er Jahren, die Schwäche der nationalen Bourgeoisie und den Druck der ArbeiterInnenklasse wider.)

Die LSSP hat sich in diesem Prozess weit von ihrem ursprünglichen Programm entfernt und hat chauvinistische Politik betrieben oder zumindest mitgetragen. Die von LSSP und

KP beeinflussten Gewerkschaftsführungen haben sich vor 2002 sogar dem Aufruf der Regierung an die ArbeiterInnen angeschlossen, freiwillig zwei Tage Einkommen für den Krieg herzugeben. Heute nützen diese Parteien ihren noch übrig gebliebenen Einfluss in den Gewerkschaften, um sie vom Kämpfen zurückzuhalten. In einem Artikel der USP wurde es auf den Punkt gebracht: „Seit 1964 stecken diese beiden Parteien in enger Kollaboration mit bürgerlichen Kräften und können ohne diese Koalitionen nicht mehr unabhängig existieren.“

“Freier Markt” bringt Krieg

Die starke ArbeiterInnenbewegung erzwang in den Jahrzehnten nach dem Weltkrieg wesentliche Zugeständnisse. Die Zentralisation der Wirtschaft gipfelte in den 1970er darin, dass bis über zwei Drittel der Betriebe in Staatsbesitz waren. Doch diese Verstaatlichung führte auf kapitalistischer Grundlage zur Entstehung starker bürokratischer Tendenzen und zu Korruption. Auch darf die Ausrufung der „Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lankas“ 1972 nicht irreführen. Sri Lanka war zu keiner Zeit ein sozialistischer Staat, nicht mal ein stalinistischer Staat nach Moskauer Vorbild. Der Kapitalismus war trotz starkem staatlichen Einfluss nicht abgeschafft worden. , auch wenn es – wie in einer Reihe ehemaliger Kolonien als Folge einer schwachen nationalen Bourgeoisie – zu einem starken staatlichen Einfluss kam.

Als diese Phase aus Sicht des Kapitalismus international Mitte der 1970er zu einem Ende gekommen war, wurde unter dem Druck der großen imperialistischen Agenturen Weltbank und IWF ein deutlich anderer Weg durchgeboxt. Seit den 1980er gibt es neo-liberale Angriffe und den Abbau der Sozialleistungen. Das Wachstum der Abhängigkeit von Geldern des Währungsfonds und der Weltbank ging mit diesen Angriffen einher. Die Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt ab den späten 1970er führte zu einem rapiden Fall des Lebensstandards der breiten Massen. Subventionen für den Agrarsektor wurden gekürzt. Die von der Landwirtschaft lebenden Menschen litten nun unter einer doppelten Krise: wachsende Arbeitslosigkeit (viele zogen in städtische Regionen) sowie fehlende Bildung. Die Errungenschaft des freien Bildungszugangs, erreicht durch die starke ArbeiterInnenbewegung 1944, wurde zurückgenommen. Die ArbeiterInnenschaft versuchte mittels Generalstreik 1980 dagegen zu halten.

Die herrschende Klasse reagierte durch ein Anheizen der Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen. Neben diktatorischen Vollmachten, die sich die damalige UNP-Regierung gab, musste sie durch Chauvinismus ihre Basis verbreitern. Die tamilische Frage führte unter den Bedingungen wachsender Armut und sozialer Spannungen sowie der Unfähigkeit der linken Parteien, darauf Antworten zu geben, zu einem langwierigen BürgerInnenkrieg. Die tamilische Bewegung wurde in einen bewaffneten Konflikt gezwungen, der 1983 nach einer Reihe von rassistischen Pogromen als Krieg ausbrach. Über 19 Jahren gelang es keiner der kapitalistischen Regierungen, eine Verhandlungslösung zu erreichen, die zumindest im Rahmen des Kapitalismus eine Erleichterung der Lage für die Massen bringen konnte.

Die JVP als verkomplizierender Faktor

Die JVP (“Janata Vimukthi Peramuna” bzw. “Volksbefreiungsfront”) ist ein verkomplizierender Faktor in Sri Lanka. Sie fußt auf einer Tradition des Terrorismus und stand einst unter chinesisch-stalinistischen Einflüssen. Gestützt auf Teile der Mittelschichten und Bauernschaft versuchte sie, einen Guerillakrieg zu führen. 1971 und 1988 kam es zu zwei großen Aufstandswellen. In dieser Zeit fällt auch die Gründung der JVP. Ihre Gewalt richtete sich aber nicht nur gegen führende VertreterInnen der Herrschenden, sondern Ende der 1980er auch gegen Linke und SozialistInnen. Damals mussten sich die GenossInnen der USP-Vorläuferorganisation MWT nicht nur gegen Übergriffe der Armee verteidigen, sondern auch gegen Mordanschläge der JVP. Vier GenossInnen wurden von Armee und JVP getötet.

Da die Basis der JVP sich nie über die singhalesisch sprechenden Bereiche hinaus entwickelt hat, verkam die JVP zu einer rassistischen anti-tamilischen Gruppierung. Die JVP ist ein Beispiel dafür, was aus (klein)bürgerlichem Radikalismus entstehen kann, wenn keine Alternative zum Kapitalismus angestrebt und wenn nicht auf die Stärke der ArbeiterInnenmassen gesetzt wird. Die Existenz der JVP bedeutet eine Verkomplizierung der Lage, da sie einen gewissen Einfluss unter den Massen hat, in dem sie sich als “marxistisch” und “anti-imperialistisch” bezeichnet (ohne es zu sein). Die Fehler der traditionellen Linken öffneten ein Vakuum, in das die JVP stieß. Es ist auch Teil der Arbeit der USP, zu erklären, dass und warum die JVP nichts mit Marxismus und den Ideen der sozialistischen ArbeiterInnendemokratie zu tun hat.

Die Linke und der Indo-Lanka-Pakt

Viele TamilInnen hegen gegenüber der etablierten “Linken” starke Abneigung. Das geht unter anderem auf die Politik Ende der 1980er zurück. Damals machten sich große Teile der Linken zum Hilfstrupp der rechten UNP-Regierung von Jayawardene, als dieser eine weitere Eskalation der Lage provozierte. 1987 wurden zwischen Indien und Sri Lanka die Indo-Lanka-Verträge abgeschlossen, in deren Folge es zu einer indischen Militärintervention im tamilischen Norden kam. Viele Linke unterstützen die Intervention damals in der Hoffnung, dass die Präsenz indischer Truppen im Norden der Insel den Krieg mit einer Lösung zugunsten der TamilInnen beenden würde. Diese Hoffnung wurde blutig enttäuscht. Der Indo-Lanka-Pakt endete in einem Desaster.

Auch die NSSP („Neue Sama Samaja Partei“) unterstützte damals den Einmarsch. Die NSSP entstand ihrerseits 1977 als linke Abspaltung von der LSSP. Die Abspaltung war notwendig, da die LSSP durch ihre Anpassung an die bürgerlichen Kräfte der Linken einen schweren Schaden zufügte. Die Linksopposition in der LSSP umfasste ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen von den Eisenbahnen und des Öffentlichen Dienstes. Bis zu den Indo-Lanka-Verträgen war die NSSP die sri lankesische Sektion des CWI. Damals gab es harte Debatte über die Indo-Lanka-Verträge und die Haltung der NSSP-Führung. Das CWI und eine linke Opposition innerhalb der NSSP rund um den heutigen Generalsekretär der USP, Siritunga Jayasuriya, warnten damals, dass die indische Armee

nicht die Interessen der tamilischen Bevölkerung vertreten wird, sondern jene des indischen Regionalimperialismus. Diese Analyse hat sich blutig bestätigt. Heute spricht die NSSP vom Selbstbestimmungsrecht der TamilInnen als etwas, was irgendwann "im Sozialismus" möglich sein wird. Das ist ein "Programm", mit dem man tamilischen ArbeiterInnen keine echte Perspektive gibt und sie nicht für den gemeinsamen Kampf gewinnen kann.

USP aktiv in Nord und Ost

Die Linke in Sri Lanka beschränkt in der Vergangenheit immer wieder die Sackgasse der Zusammenarbeit mit kapitalistischen Parteien. Dies ging meist einher mit einer Änderung der Position in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der TamilInnen. Die Fehler der verschiedenen linken Gruppen sind zentral verantwortlich für den immer wieder aufbrechenden BürgerInnenkrieg.

Im Gegensatz dazu haben die älteren und führenden Mitglieder der USP (United Socialist Party, Sektion des CWI) eine stolze Tradition im Kampf um sozialistische Positionen in der Nationalen Frage sowie im Verhältnis zu den pro-kapitalistischen Kräften des Landes. Die USP fordert das Selbstbestimmungsrecht für die tamilisch sprechenden Menschen, inklusive der moslemischen TamilInnen (diese sind NachfahrInnen von arabischen HändlerInnen aus dem 10. Jahrhundert): "Es ist notwendig, die Zusammenfassung des Nordens und Ostens als tamilisches Gebiet zu akzeptieren. Aber die Moslems müssen, wenn sie das wünschen, das Recht auf Autonomie als eigenständige Gruppe haben. Singhalesisch sprechende Menschen, die im Osten leben, müssen die Möglichkeit haben, sich in Distrikten ihrer Wahl zusammenzuschließen. Die Frage der "Plantagen-TamilInnen" ist besonders: Zuerst müssen diese (ursprünglich aus Südindien) die StaatsbürgerInnenenschaft bekommen und gleiche Rechte wie jede ethnische Gruppe!"

Auch im Norden und Osten des Landes gibt es USP-Ortsgruppen. In der Zeit vor und während des BürgerInnen-Kriegs haben USP-Mitglieder unter Lebensgefahr den Grundstein dafür gelegt. In der Region um Mullathivu im tamilischen Norden hatte sich die USP schon vor Jahren Glaubwürdigkeit erarbeitet und ist dort bei den letzten Wahlen mit einem sozialistischen Programm angetreten. Mit Vertretern der LTTE existiert eine offene Gesprächsbasis. Die USP wird, im Gegensatz zu anderen Parteien der Linken, als ernstzunehmende Kraft gesehen, die sich seit langem für das tamilische Selbstbestimmungsrecht einsetzt. So gab es nach dem Tsunami Diskussionen mit der tamilischen Hilfsorganisation TRO über das Konzept der demokratischen Verteilung und Verwaltung. Dennoch hält sich die USP auch der LTTE gegenüber nicht mit der notwendigen Kritik zurück. Zum einen gegen die unter den LTTE-Führern vorherrschenden Illusionen in ein kapitalistisches "Eelam" (Heimatland), zum anderen für die ebenso zu respektierenden Selbstbestimmungsrechte der moslemischen TamilInnen im Osten und den dort lebenden SinghalesInnen. Die moslemischen TamilInnen werden von vielen nördlichen Gemeinden wegen ihrer Religion als zweitklassig gesehen, und die LTTE gesteht ihr nicht den Status einer eigenen ethnischen Gruppe zu.

Kampf gegen Neoliberalismus

Auf die unbeliebte neoliberale Regierung der UNP (1977-1994) folgte die Wende mit der Wahl des von Chandrika Bandaranaike Kumaratunga geführten Bündnisses "Peoples Alliance" (PA). Chandrika versprach Frieden, die Abschaffung der undemokratischen Präsidentialherrschaft und 300.000 neue Arbeitsplätze jährlich. Doch die PA-Koalition setzte sowohl die neoliberale Politik der UNP als auch den BürgerInnen-Krieg fort. Die (Teil-)Privatisierungen und Kürzungen betrafen vorrangig den Elektrizitäts-, Telekom- und Transport-Sektor. Der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung sank unter Chandrikas Herrschaft ebenso wie zuvor unter der UNP. Die Wiederwahl der Koalition unter Chandrikas Führung im Jahr 2000 (gegen den Führer der UNP, Ranil Wickeramasinghe) ging knapp vor sich und wurde von Terroranschlägen beeinflusst, die den Wahlkampf Ende 1999 erschütterten. Chandrika ging im Laufe ihrer Herrschaft zu einem immer schärferen Ton gegenüber den TamilInnen über. Die Ausgaben für das Militär beliefen sich in der Hochphase des Krieges auf 5,8 % des BIP und rund 18 % des Staatsbudgets. Zum Vergleich liegen die öffentlichen Gesundheitsausgaben bei 1,8 % des BIP.

Im April 2000 kam es zu einer bedeutsamen militärischen Niederlage der Armee. Die LTTE kontrollierte nun den strategisch wichtigen Elefantenpass. In Folge kam es zur Rückeroberung von Jaffna, gleichsam die Hauptstadt des Nordens. Die Antwort Chandrikas auf die militärische Krise war die Ausrufung des Notstands und die Aussetzung demokratischer Rechte. Von ArbeiterInnen forderte sie, für den Krieg den Lohn zweier Tage pro Monat herzugeben.

Der Waffenstillstand 2002

Während sich einerseits der Einfluß chauvinistischer und kommunalistischer Kräfte auf die herrschende Koalition verstärkte, machte sich unter vielen SinghalesInnen eine Stimmung für eine friedliche Lösung der Nationalen Frage breit. Diese Stimmung nutzte im Gegensatz zu 1994 nun die UNP unter Ranil Wickeramasinghe, der im Dezember 2001 an die Macht kam. Auch dieser Wahlkampf wurde, wie schon 1999, von Terror- und Mordanschlägen überschattet. 2002 verhandelte Ranil einen Waffenstillstand mit den LTTE (Tigers) aus. An die 60.000 Soldaten sind in den Jahren zuvor desertiert. Daraus erwuchs eine Welle von Unsicherheit und Kriminalität. Starker Druck für ein Verhandlungsergebnis ging auch von der sri lankesischen kapitalistischen Klasse und dem Imperialismus aus, um die Instabilität in der Region halbwegs in den Griff zu bekommen. Unzufriedenheit erwuchs in breiten Bevölkerungsteilen nämlich aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den seit 1983 wütenden BürgerInnenkrieg verschärft wurden. Ende 2000 schrumpfte die Wirtschaft sogar.

Die Folgen des Waffenstillstands für die Mehrheit der Bevölkerung, im speziellen die ArbeiterInnen, waren sehr positiv: Checkpoints und Straßensperren in Colombo und anderen Gegenden wurden aufgehoben. Es kamen nicht mehr regelmäßig Särge aus dem Norden in den Westen und Süden. Und die wahrscheinlich wichtigste Erleichterung aus

sozialer Sicht: in Kriegszeiten ist es um einiges schwieriger, mittels betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe Verschlechterungen zu verhindern sowie Lohnerhöhungen durchzusetzen!

Neuwahlen 2004

Da jedoch die UNP weiterhin auf einer kapitalistischen und konzernfreundlichen Grundlage Politik betrieb, konnte sie ausgehend vom Memorandum 2002 keine weitergehende Lösung der sozialen Krise anbieten. Dies nutzte Chandrika, die als Präsidentin 2004 mehrere Minister entließ und so die Regierung zum Zusammenbruch brachte. Neuwahlen brachten wieder Chandrikas Partei gemeinsam mit der aggressiv kommunistischen JVP an die Macht. Die einstige Fürsprecherin einer friedlichen Verständigung mit den TamilInnen stand als Präsidentin nun Seite an Seite mit einer besonders chauvinistischen Koalition. Selbst einige rassistische Abgeordnete der UNP aus früheren Tagen liefen zu Chandrika über. Der Koalitionspartner JVP hält 39 Parlamentssitze und vier Minister. Der gegenwärtige Regierungschef heißt seit April 2004 Mahinda Rajapakse und ist wie Chandrika Mitglied der SLFP.

Weiters brachte die Wahl 22 Sitze für die "Tamil National-Allianz" (politischer Arm der LTTE) im Norden und Osten, sowie einen Sitz für eine andere Tamil-Partei und fünf Sitze für den "Sri Lanka Muslim Congress" im Osten. Eine Warnung ist der Wahlerfolg von neun extremistischen Buddhisten-Mönchen im Süden und die Gründung der kommunistischen Partei "Jathika Hela Urumaya - National Heritage".

Eine Zukunft jenseits des Kapitalismus

Trotz vieler Fehler der linken Führungen in der Vergangenheit und den Verwüstungen durch den Tsunami hat Sri Lanka eine Zukunft jenseits des Kapitalismus. Ein wesentlicher Schwachpunkt heute ist die Gewerkschaftsbewegung. Sie ist zersplittert und ohne starker Führung. Es gibt keine landesweite Koordination. Viele kleine Gewerkschaften sind miteinander auf einen Betrieb beschränkt. Dies gibt der reaktionären JVP die Möglichkeit, lokal Einfluss zu nehmen. Durch den Streik im Gesundheitsbereich 2003 wurde jedoch gezeigt, dass die JVP zurückgedrängt werden kann.

Die aktuellen Auseinandersetzungen im Bereich des Transport-Sektors und die Ansätze darüber hinaus machen die Notwendigkeit einer geeinten Bewegung klar. Das

Erfolgreicher Arbeitskampf

Im Oktober 2003 berichtete Saranapala Palihena, Mitglied der Gewerkschaft "Janaraja" und der USP von einem Sieg des Streiks im Gesundheitsbereich. 3.126 Spitals-Beschäftigte beteiligten sich an dem Streik für eine 40 %ige Lohnerhöhung. Der Streik war auf ganzer Linie erfolgreich. Der Streik umfasste singhalesische und tamilische ArbeiterInnen und wurde von einem gemeinsamen Komitee von 51 Gewerkschaften im Gesundheits-Bereich getragen.

Aktionsprogramm der USP seit der Tsunami-Katastrophe beinhaltet eine Offensive der Gewerkschaften. Die explosive Stimmung unter den Tsunami-Opfern darf nicht ins Leere laufen. So kann ausgehend von konkreten Verbesserungen für die Mitglieder ein landesweites Gegengewicht zu den chauvinistischen Tendenzen aufgebaut werden. Je erfolgreicher diese Aufgaben erfüllt werden, umso schwächer wird dann auch der politische Einfluss jener werden, die die ArbeiterInnenschaft an SLFP oder UNP ketten wollen.

Trotz der vergangenen Niederlagen und der daraus folgenden Schwäche der Linken ist die USP von der Möglichkeit überzeugt, eine sozialistische Massenbewegung wieder aufbauen zu können. Die USP sucht diesbezüglich unerlässlich nach Bündnissen mit all jenen Kräften und GewerkschaftsaktivistInnen, die dazu bereit sind. Obwohl die USP eigenständig zu Wahlen antritt (2004 erzielte sie bei Parlaments- und Regionalwahlen 14.660 bzw. 21.732 Stimmen), unterstützt sie, falls dies sinnvoll ist, auch andere KandidatInnen, wie 1999 Vasudeva Nanayaka (Vasu) von der "Democratic and Left Front" (DLF). Obwohl die USP mit manchen Standpunkten Vasus nicht übereinstimmt (z.B. seiner anfänglichen Beteiligung an Chandrikas Regierungskoalition von 1994 als Mitglied der LSSP), war seine grundsätzliche Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der TamilInnen der zentrale Punkt. Die USP nützte den Unterstützungswahlkampf auch dazu, ihr weitergehendes Programm vorzustellen. Die Wahlergebnisse waren eine Bestätigung dafür, dass ein konsequentes linkes Bündnis Massenanklang finden kann. Leider hat Vasu in Folge (so wie die NSSP, von der die DLF eine Abspaltung Ende der 1990er darstellt) die neoliberale UNP/UNF-Regierung unterstützt. Begründet wurde das mit dem erreichten Waffenstillstand, ohne seine Beschränkungen sowie die sozialen Angriffe (Privatisierungen) zu sehen. So verpasste es Vasu, seinen zigtausenden WählerInnen einen unabhängigen Standpunkt der ArbeiterInnenbewegung zu präsentieren. Diese Haltung war in den letzten Jahren das Haupthindernis für die Herausbildung eines starken linken Bündnisses, für das sich die USP einsetzt.

Durch die Tsunami-Katastrophe und die sich verschlimmernde soziale Situation droht das Aufflammen von Kommunalismus und Chauvinismus als scheinbarer Ausweg. Das schließt, wie der Waffenstillstand von 2002 beweist, einen vorübergehenden (jedoch sehr wackeligen) Frieden nicht aus. Die USP setzt sich für eine sozialistische Demokratie ein, da die Fortsetzung der gegenwärtigen Unordnung auf eine blutige Teilung der Insel hinausläuft. Doch auch in diesem Fall würde eine LTTE-Regierung in einem unabhängigen kapitalistischen tamilischen Staat die sozialen Probleme nicht lösen können. Die USP tritt neben dem Selbstbestimmungsrecht vor allem für eine sozialistische Wirtschaftsordnung ein. Eine solche Gesellschaft muss sich natürlich grundsätzlich von den ehemaligen stalinistischen Staaten, die nicht sozialistisch waren, unterscheiden. ArbeiterInnendemokratie und -Verwaltung auf allen Ebenen ist nötig, um das Potential einer geplanten und im Gemeinbesitz befindlichen Wirtschaft auszunützen und die Entstehung einer privilegierten Schicht zu verhindern. Eine demokratische sozialistische Gesellschaft bietet die Grundlage für die Überwindung aller ethnischen und religiösen Konflikte und ist damit die Antwort auf die Frage, wie BürgerInnen-Krieg und Armut beendet werden können.

Zeittafel

6. Jhdt. vuz Besiedelung durch SinghalesInnen aus Indien, später folgen auch TamilInnen.
- 16 Jhdt. Portugal nutzt innere Konflikte, um Kolonialmacht zu werden.
- 1656 Ceylon wird niederländische Kolonie.
- 1796 Ceylon wird britische Kolonie. Die Landwirtschaft wird von bisheriger Feudalstruktur mit Kleinbauern auf Monokulturen (Tee, Kaffee, Kautschuk) im Besitz britischer Kolonialherren verändert.
- ab 1849 Tamilische PlantagenarbeiterInnen aus Süd-Indien werden geholt.
- 1919 Gründung des „Nationalkongresses“. Er vereint verschiedene politische und soziale Gruppen, was in Folge zur Spaltung führt.
- 1931 Verfassungsgesetz mit Einführung des allgemeinen Wahlrechtes
- 1934/35 Malaria-Epidemie und Dürreperiode führen zu fortschreitender Verarmung v.a. der Landbevölkerung.
- 1935 Die LSSP (Soziale Gleichheitspartei) wird gegründet. Sie tritt für volle Unabhängigkeit ein und schließt sich nicht der stalinistischen „Volksfrontpolitik“ an, die nationale Befreiung hinter den „antifaschistischen Kampf aller fortschrittlichen Kräfte“ reiht. Der Hitler-Stalin-Pakt ist endgültiger Anlass für die Spaltung in einen trotzkistischen und einen stalinistischen Flügel. Es folgt die Gründung der CCP („Kommunistische Partei“).
- 1943 Unter Massendruck verspricht Britannien die Selbstverwaltung im Rahmen des Commonwealth.
- 1940er
- 1946/47 Gründung der UNP (Vereinigte Nationalpartei): ein Bündnis verschiedener Gruppen der Bourgeoisie (konservative Teile der nationalen Bourgeoisie, u.a. um den Pressekonzern Associated Newspapers of Ceylon) und der Feudalherren. Bei Wahlen im selben Jahr erringt sie die absolute Mehrheit.
- 4.2.1948 Unabhängigkeit, aber „Dominion“-Status, Britannien behält Militärbasen.
- 1949 Der tamilischen Bevölkerung werden Staatsbürgerrechte und Wahlrecht entzogen.
- 1951/52 Gründung der SLFP (Freiheitspartei) unter S.W.R.D. Bandaranaike durch Teile der nationalen Bourgeoisie; ursprünglich in Abgrenzung zum Chauvinismus der UNP.
- 1956 Die buddhistischen 2500-Jahr-Feiern werden zum Schüren buddhistisch-singhalesischen Chauvinismus genützt. Buddhisten-Mönche greifen mit der „Buddhistischen Mönchsfront“ (EBP) massiv in den Wahlkampf ein.
- 1956 Die „Revolution von 1956“ führt zur absoluten Mehrheit für die „Vereinigte Volksfront“ MEP (aus SLFP, CCP u.a.). Sie ist gemäßigt singhalesisch-nationalistisch.

- 7.7.1956 Singhala wird als einzige Staatssprache bestimmt. Trotzdem gibt es Versuch der Zusammenarbeit von Bandaranaike mit der tamilischen „Föderalistischen Partei“. Dieser scheitert auf Druck der EBP 1958.
- 1958 Terrorwelle & Ausnahmezustand; Streiks v.a. in Colombo; die dringend nötige Landreform scheitert an den Feudalherren, die in der SLFP organisiert sind.
- 1959 Zerfall der MEP-Koalition.
- März 1960 Die UNP wird stärkste Partei bei den Wahlen, hat aber keine Mehrheit im Parlament.
- Juli 1960 Eine „fortschrittliche“ Regierungskoalition unter SLFP-Führung kommt an die Macht. Solomo Bandaranaike (Witwe des von einem buddhistischen Mönch ermordeten S.W.R.D. Bandaranaike) führt ein Verstaatlichungsprogramm durch (Schulen, Bank of Ceylon, Teile des US-Erdölmonopols Callex), teilweise mit nationalistisch-religiösem Hintergrund (z.B. gegen die katholisch dominierten Privatschulen).
- 1964 SLFP-LSSP-Koalition. Die LSSP entwickelt sich weg von Marxismus und unabhängiger Klassen-Politik. Sie verliert den Sektionsstatus in der „Vierten Internationale“.
- 1965 Die UNP erlangt eine relative Mehrheit und führt eine Koalition mit Unterstützung der tamilischen Föderalistischen Partei.
- Mai 1970 Wahlsieg der Vereinigten Front aus SLFP, LSSP, CCP unter S. Bandaranaike. Verstaatlichung von bis 70 % der Wirtschaft (inklusive der zwei grossen Pressehäuser), jedoch stark bürokratisch und viel Korruption.
- April 1971 Aufstand der singhalesischen „Nationalen Befreiungsfront“, die sich 1977 offiziell als JVP gründet. Niederschlagung mit ausländischer Unterstützung.
- 1972 Endgültige Unabhängigkeit und Gründung der „Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka“.
- 1976/77 Erste CWI-Kontakte zum linken Flügel der LSSP. Als diese „Linke Tendenz“ ausgeschlossen wird, folgt im Jahr
- 1977 Gründung der NSSP (Neue Gleichheitspartei; Sektion des CWI). Sie verfügt über eine starke proletarische und gewerkschaftliche Basis.
- 1977 UNP-Regierung (UNP Vorherrschaft wird bis 1994 halten). In Folge Streikwelle, Abbau demokratischer Rechte, Marktöffnung, Privatisierung, Verteuerung der bisher kostenlosen Bildung und BürgerInnen-Krieg
- 1979 Eine neue Verfassung mit diktatorischen Rechten für die Präsidentschaft wird eingeführt.
- 1980 Generalstreik gegen UNP-Angriffe.
- 1983 Pogrome gegen TamilInnen und Ausbruch des BürgerInnen-Krieges
- 1987-88 Die NSSP unterstützt den Indo-Lanka Accord (sogenannter Friedenspakt zwischen Sri Lanka und Indien). Indische „Friedens“-Truppen marschieren ein, die United Socialist Front (USF = NSSP, LSSP, CCP, SLMP,) kandidiert und unterstützt den Indo-

- Lanka-Accord. Unter Linken und TamilInnen gibt es Illusionen, dass die indischen Truppen die TamilInnen unterstützen würden. Innerhalb der NSSP gibt es Opposition. Aus dieser wird die „Marxist Workers Tendency“ MWT (Sektion des CWI; heute USP)
- 1988/89
1988
Zweiter JVP-Aufstand. Die Terrorpolitik der JVP konzentriert sich nach Angriffen auf Kapitalisten und Bürgerliche auch auf Organisationen der ArbeiterInnenklasse, Linke und ArbeiterInnen.
- 1990
1994
Abzug der indischen Truppen aus dem Norden der Insel.
Wahlsieg der „Peoples Alliance“ (PA; ein fünf-Parteien-Bündnis inkl. SLFP, LSSP, CCP). Präsidentin Chandrika Kumaratunga verspricht Frieden und Jobs. Es beginnen Verhandlungen mit der LTTE, die 1995 scheitern. Radikales Privatisierungsprogramm, Umsetzung von IWF- und Weltbank-Forderungen
- 2001
2002
2004
UNP/UNF-Regierung erlangt nach erneuten Verhandlungen im Jahr einen Waffenstillstand mit der LTTE.
Torpedierung der Regierung durch Präsidentin Chandrika und in Folge Wahlsieg der „UPFA“-Koalition aus SLFP und JVP.

Eine sozialistische Welt ist möglich! Werde aktiv mit und im Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale!

Das Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale (KAI) ist eine internationale sozialistische Organisation mit Sektionen in über 35 Ländern. Das KAI ist Teil des Kampfes gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne und für den Sturz des globalen Kapitalismus. Wir kämpfen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft auf internationaler Ebene. *Werde heute Mitglied!*

Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale

Committee for a Workers' International (CWI)
PO Box 3688, London, Britain, E11 1YE,
Tel.: ++ 44 20 8988 8760, Fax: ++ 44 20 8988 8793,
E-Mail: cwi@worldsoc.co.uk, Web: www.socialistworld.net

Österreich

Sozialistische LinksPartei (SLP), Österreichische Sektion des KAI
Kaiserstr. 14/11, 1070 Wien, Tel. 01/524 63 10, E-Mail: slp@slp.at, Web: www.slp.at

Deutschland

Sozialistische Alternative (SAV), Deutsche Sektion des KAI
Littentstrasse 106/107, 10179 Berlin, Tel. 030 247 238 02,
E-Mail: info@sav-online.de, Web: www.sozialismus.info

Sri Lanka

United Socialist Party (USP), Sri-Lankesische Sektion des KAI
261/1 Kirula Road, Narahenpito, Colombo 5, Sri Lanka, E-Mail: usp@wow.lk

Who-is-Who der Organisationen:

UNP (UNF): Die traditionell wichtigste Partei des (schwachen) Bürgertums, pro-kapitalistisch, enge Verbindungen mit dem westlichen Imperialismus und mit einer starken Tradition von singhalesischem Chauvinismus.

SLFP: Als Abspaltung 1952 von der UNP entstanden. Pro-kapitalistisch, aber in den 50er-70er Jahren unter dem Druck der ArbeiterInnenklasse eine Reihe von fortschrittlichen Maßnahmen gesetzt. Gegenwärtig neben der JVP eine tragende Säule des Chauvinismus und Kommunalismus; teilweise noch große Unterstützung unter der Landbevölkerung.

LSSP: Gegründet 1935 unter dem Einfluß des Trotzkismus (konsequent für Sozialismus und ArbeiterInnendemokratie, gegen die stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion), lange Zeit Massenanhänger aus der ArbeiterInnenenschaft. Degeneration (Wegentwicklung vom Marxismus) vor allem seit dem ersten Eintritt in die Regierung der SLFP 1964.

Kommunistische Partei (CCP/KP): Eine (ex-)stalinistische Partei, 1943 aus der LSSP entstanden. Sie nahm während des 2. Weltkriegs eine pro-imperialistische Haltung ein, entlang der strategischen Interessen der stalinistischen Bürokratie. Ähnlich wie die LSSP heute nur mehr ein Schatten ihrer selbst.

NSSP: 1977 als Folge der Rechtsentwicklung aus der LSSP entstanden. War ursprünglich Sektion des CWI. Die Trennung erfolgte 1987/88, als sie den Einmarsch indischer Truppen unterstützte.

USP (United Socialist Party): Sektion des CWI in Sri Lanka mit anti-chauvinistischer und anti-stalinistischer Tradition. Verankert sowohl unter SinghalesInnen als auch unter TamilInnen. Ziel: eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.



JVP: Stark geworden zur Zeit der Zusammenarbeit der großen linken Parteien mit den Bürgerlichen (1970er), Verankerung in der Landbevölkerung und Teilen der Jugend. Führte Terror-Kampagnen gegen Vertreter der Elite sowie auch Mordanschläge gegen linke AktivistInnen. Heute trotz linker Phrasen eine offen reaktionäre und chauvinistische Regierungspartei.

LTTE: Die "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (oder einfach nur "Tigers") sind die wichtigste Organisation der TamilInnen. Sie entstand aus der notwendig gewordenen bewaffneten Selbstverteidigung von TamilInnen gegenüber Pogromen in den 1970er. Seit 1983 in einem offenen und seit 2002 versteckten BürgerInnenkrieg mit der Armee. Sie werden auf 5.000 bis 7.000 bewaffnete KämpferInnen geschätzt.

UPFA: Regierungskoalition aus SLFP und JVP, löste 2004 die UNP/UNF-Regierung ab. Sie wird unterstützt durch weitere kleinere Gruppen. Große Teile der Koalition wollen bewusst den Waffenstillstand torpedieren. Starker Chauvinismus und pro-kapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Sri Lanka



-  Gebiete, die von mehrheitlich von **TamilInnen** bewohnt werden.
-  Gebiete, die von mehrheitlich von **SinghalesInnen** bewohnt werden.

